

Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notenstecher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ d. Vereins d. Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen., d. deutsch. Senefelder Bundes, des Verbandes d. Formstecher, Drucker u. verw. Berufsgen. und der deutschen Vereine d. Auslandes.

<p>Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Sonnabends. Abonnementspreis: 1 M. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog No. 2573.) Für die Länder des Reichsvereins M. 1.25.</p>	<p>Redaktion und Expedition. Redaktion, Druck und Verlag: Ronrad Müller, Schenck-Verlag, wohn in alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.</p>	<p>Insertion. Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Verbringung der Abonnementszahlung, sowie Vereinsangelegen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
---	---	--

Buzug ist fernzubalten

für Umdrucker, Andrucker und Maschinemeister, sowie für Lithographen nach Leipzig in Firma Wegel & Raumann.

Der Vorstand.
S. A.: Otto Sillker.

An die Mitglieder des Verbands der Formstecher, Drucker, Hilfsarbeiter Arbeiterinnen u. v. Berufsgen.

Es sind ca. 3 Jahre verflossen, als sich unter den Gewerkschaften der graphischen Branchen eine Bewegung bemerkbar machte, welche dahin zielte, ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die Uebergriffe des Unternehmertums zu schließen. Leider ist dieses Kartell bis zur Stunde an dem Widerstande der hauptbeteiligten Organisationen gescheitert, es ist nicht über die theoretische Erörterung der Frage hinausgekommen. Nun vermag ja eine Organisation, welche nach Tausenden zählt, auch allein einen wirksamen Kampf um die Interessen seiner Mitglieder zu führen; schwer aber nur eine kleine Vereinigung, wie sie unser Verband darstellt, welcher nur 400 Mitglieder zählt, die über ganz Deutschland zerstreut sind. Für uns liegt ganz besonders die Notwendigkeit vor, den Anstoß an eine stärkere Vereinigung zu suchen. Schon die Vertretung des Verbandes bei Streitfällen mit dem Unternehmertum bereitet Schwierigkeiten. Die so wichtige Agitation kann nicht mit dem nötigen Nachdruck behandelt werden, da hierzu eine Persönlichkeit gehört, welche sich voll und ganz diesen Arbeiten widmen kann und über deren Hauptes nicht beständig das Damoklesschwert der Maßregelung schwebt. Der Zentralvorstand sah sich daher veranlaßt, Beziehungen mit der uns naheverwandten Organisation der Lithographen und Steindrucker anzuknüpfen. Der Vorstand und Ausschuß dieser Organisation stehen dieser Verschmelzung sympathisch gegenüber und haben dieselben bereits zu der am 2. und 3. Juni stattfindenden Generalversammlung einen Antrag für Aufnahme der Formstecher und Drucker u. verw. Berufe in den genannten Verein eingebracht.

Die Generalversammlung unseres Verbandes konnte leider keinen Beschluß in dieser Sache fassen, die Delegierten waren jedoch sehr begeistert für diese Vereinigung und gaben ihre Zustimmung zu einer Verschmelzung durch eine Resolution Ausdruck.

Wir eruchen nunmehr sämtliche Zahlstellen, diese Frage auf die Tagesordnung einer Mitglieder-versammlung zu setzen und einen vorläufigen Beschluß herbeizuführen. Das Resultat bitten wir unter Angabe der Gründe, welche die Mitglieder zu einer etwaigen gegenteiligen Stellungnahme bewegen, umgehend an uns einzusenden. Der eventuelle Anstoß würde durch Urabstimmung vollzogen werden unter Angabe der Bedingungen, unter denen die Aufnahme stattfinden kann.

Kollegen! Betrachtet vorurteilsfrei diese Frage, lasse sich niemand durch einseitige Tendenzen leiten, sondern bedenke ein jeder, daß nur ein Gedanke die gesamten Gewerkschaftsorganisationen leitet: die Hebung der arbeitenden Klasse in materieller und geistiger Beziehung.

Eingigkeit macht stark!
Mit kollegialem Gruß
Der Zentral-Vorstand.
S. A.: Surhold.

Zur Generalversammlung des Vereins d. L., St. u. B. D.

Nach Paragraph 28 der Statuten hat je nach Bedarf, mindestens aber alle 3 Jahre eine Generalversammlung stattzufinden. Dem Vorstand und Ausschuß ist es also in die Hand gegeben, vor Ablauf dieser 3 Jahre eine Generalversammlung einzuberufen ohne Rücksicht auf den seit der letzten Generalversammlung verfloßenen Zeitpunkt. Der § 30 giebt dem Vorstand und Ausschuß außerdem das Recht, in dringenden Fällen eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden zu lassen. Seit der ersten Generalversammlung in Berlin sind zwei Jahre verflossen und es ist deshalb wohl notwendig, die Frage zu erörtern, ob es unter allen Umständen geboten war, schon in diesem Jahre eine Generalversammlung einzuberufen. Die Berliner Generalversammlung kostet dem Verein, einschließlich des Druckes der Statuten und des Protokolls, M. 3987,10, also annähernd M. 4000,—, eine Ausgabe, die, namentlich bei dem gegenwärtigen Stand der Kasse, sehr wesentlich ins Gewicht fällt. Es ist daher sehr erklärlich, daß eine ganze Reihe Zahlstellen sich gegen die Abhaltung der Generalversammlung in diesem Jahre ausgesprochen haben, da bei diesem Modus in 6 Jahren eben M. 4000 mehr ausgegeben werden müssen.

Vorstand und Ausschuß begründen die Einberufung mit der Notwendigkeit der Reorganisation der Reiseunterstützung, mit der Stellungnahme zur Beitragserhöhung, zur Arbeitslosenunterstützung, zur Gr. Presse und mit den drohend am politischen Horizont auftretenden Wolken. Das alles sind Punkte, die für den ersten Augenblick inhaltschwer genug erscheinen, um die Einberufung einer Generalversammlung zu rechtfertigen, welche aber, wenn man sie näher prüft, mit Notwendigkeit zu einem anderen Resultat führen. Was es dem Vorstand und Ausschuß nur darum zu thun, sich eine Zweckweisung auf einer Generalversammlung über ihr statutenwidriges Vorgehen in Sachen der Beitragserhöhung zu holen, so war es damit noch Zeit bis nächstes Jahr, nachdem die Zustimmung der Mitglieder zu dieser Maßnahme nachträglich eingeholt worden war. Sind nun aber die Einnahmen und Ausgaben, infolge der jetzigen Höhe der Reiseunterstützung, noch immer nicht in Einklang zu bringen,

so stand den beiden Körperschaften, auf Grund des § 20, Abs. 5, nach Anhörung der Mitglieder, das Recht, ja die Pflicht zu, eine Aenderung in dem Unterstützungssätze zu treffen. Also auch hierzu bedurfte es einer Generalversammlung nicht.

Noch weniger war aber eine Generalversammlung nötig, um über die Frage der Arbeitslosenunterstützung zu debattieren, nachdem über diese Frage erst vor wenigen Monaten eine ablehnende Antwort durch die Urabstimmung erfolgt ist. Man mag über diese Unterstützung denken wie man will, tattlich ist es jedenfalls nicht klug gehandelt, den einmal zum Ausdruck gekommenen Willen der Mitglieder, vielleicht durch eine Zufallsmajorität, auf der Generalversammlung korrigieren zu wollen.

Was nun der nächsten „dringenden Punkt“, die Verlegung der Graph. Presse an den Sitz des Vorstandes, betrifft, so vermißt man hierzu irgendwelche Begründung. Bei den gleichen Anträgen in den Verbänden der Holzarbeiter und Metallarbeiter, zu deren vergangene Opfern stattgefundenen Generalversammlungen, waren diese Anträge damit begründet, eine schnellere Erledigung von Publikationen der Vorstände herbeizuführen und einen bestimmenden Einfluß dieser Vorstände auf die Haltung des Blattes zu gewinnen. In beiden Organisationen sind diese Anträge abgelehnt und zwar mit fast denselben Motiven, welche die Leipziger Kollegen dazu geltend machen. Nach unserem Dafürhalten war deshalb auch dieser Punkt sehr wohl geeignet, eine hinausgeschleubt bis nächstes Jahr vertragen zu können.

Der vom Vorstand und Ausschuß am Schlusse seines Aufrufes nebenjächlich angeführte Grund, die Generalversammlung der drohend am politischen Horizont aufziehenden Wolken wegen einzuberufen, erscheint uns eigentlich als der wichtigste. Die Umsturzvorlage ist zwar gefallen und damit zugleich, wenigstens für die nächste Zeit, eine Gefahr für die Arbeiterorganisationen von dieser Seite. Dennoch droht uns eine Gefahr in der Verböserung des preussischen Vereinsgesetzes. Allerdings ist diesbezüglich noch nicht klar zu erkennen, nur andeutungsweise hat man erfahren, daß sich das neue preussische Vereinsgesetz in erster Linie gegen die Vereinigungen der Arbeiter wenden wird, insbesondere den Begriff, das „sich mit Politik befassen“ engere Grenzen ziehen will. Man braucht durchaus kein pessimist zu sein, um jetzt, nachdem die Umsturzvorlage, bei welcher die preussische Regierung am meisten interessiert war, gefallen ist, die Befürchtung zu hegen, daß das neue Vereinsgesetz, in einer Hinsicht wenigstens, als Ersatz für das Umsturzgesetz gelten soll. Die Zusammensetzung des preussischen Landtages ist eine andere, als wie diejenige des Reichstages. Die zweimal gesiechten Abgeordneten der erstgenannten Körperschaft werden selbst den weitgehendsten Ansprüchen der preussischen Regierung nach dieser Richtung entgegenkommen. Eine drohende Gefahr ist also unzweifelhaft vorhanden.

Dieser Gefahr zu begegnen bleibt uns nur übrig, den Sitz des Vereins in einen Bundesstaat zu verlegen, der uns eine gewisse Gewähr dafür bietet, daß eine solche Gefahr nicht entsteht. Allein auch dazu bedürfte es der Einberufung einer Generalversammlung nicht, denn dem Vorstand und Ausschuss steht das Recht zu, in dringlichen Fällen außerordentliche, dem Statut und den Zwecken des Vereins nicht zuwiderlaufende Maßregeln zu treffen.

Die Generalversammlung ist trotz alledem einberufen, das Statut bietet keine Handhabe, um dieselbe rückgängig zu machen und so müssen die Mitglieder sich wohl oder übel mit der gegebenen Tatsache abfinden.

In der nächsten Nummer werden wir nun die von den einzelnen Mitgliedschaften gestellten Anträge einer Besprechung unterziehen.

Anträge zur Generalversammlung.

Berlin beantragt:
§ 1. Abzug h. hinter „Accorarbeit“ „Abjchaffung der Accorarbeit“.

Leipzig beantragt:

1. „Den Sitz des Vorstandes nach Stuttgart und den des Ausschusses nach Berlin zu verlegen.“
2. „Den Vorsitzenden mit der Führung der Kassengeschäfte zu beauftragen und dessen Gehalt entsprechend zu erhöhen.“

Karlsruhe beantragt:

1. Daß die Reiseunterstützung in der Weise, wie sie bis jetzt war, beibehalten wird.
2. An Stelle der Generalversammlung die Urabstimmung einzuführen und, wenn es dringend notwendig ist, alle 5 Jahre eine Generalversammlung abzuhalten.
3. An Stelle der bisherigen Reiselegitimation eine Reisetkarte einzuführen für die ganze Unterstüzungszeit.

Kaufbeuren beantragt:

§ 4: „Der regelmäßige Wochenbeitrag beträgt bis auf weiteres 20 Pf.“

Unterstützung empfangende Mitglieder haben während der Zeit, in der dieselben Unterstützung erhalten, gleichviel welcher Art dieselbe auch ist, ihre laufenden Beiträge zu entrichten. Von der Beitragsleistung sind befreit:

1. Kranke Mitglieder während der Dauer ihrer Krankheit.
2. Arbeitslose Mitglieder während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, in der dieselben keine Unterstützung mehr erhalten.“

§ 5: „Jedes Mitglied, welches 26 Wochen seine Beiträge entrichtet hat, kann, auf der Reise befindlich, eine Reiseunterstützung von 2 Pf. für den Kilometer (Luftlinie) beanspruchen, gleichgültig ob dasselbe Bahn- oder Fußreisen macht.“

§ 6: „Mitglieder, die innerhalb 4 Wochen nach beendigter Wehzeit dem Verein beigetreten sind, können sofort eine Reiseunterstützung von 1 Pf. pro Kilometer (Luftlinie) erhalten. Nach 13 wöchentlich Mitgliedschaft treten sie in die § 5 angeführten Rechte.“

§ 6a: In einem Jahre darf nicht mehr als 60 Mt. Reiseunterstützung bezogen werden.“

In Zukunft soll bei Streifenläsigen Nichtmitgliedern kein Reisechein ausgestellt werden.

Aufhebung des Martensystems, Einführung der Stempelkarten.

Zum Anschluß hieran ersuchen wir um Angabe des Namens und Standes der gewählten Delegierten, damit nach § 28 des Statuts die Mandatsformulare ausgefüllt werden können.

Der Vorstand.

Erfüllt die Eisenbahnverwaltung die berechtigten Wünsche der Arbeiter?

Der Reichstagsabgeordnete Budebi, der diese Frage in einer Volksversammlung am 13. Mai in Berlin behandelte, wies unter dem Vorbehalt der Zuhörer darauf hin, daß in keiner Beziehung die Verbesserung auf den deutschen Bahnen in den letzten Jahren dem entspricht, was die arbeitende Bevölkerung billigerweise erwarten kann. Redner ging darauf näher ein, daß die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens mit der Entwicklung und dem Wachsen der Bevölkerung durchaus nicht gleichen Schritt gehalten hat. Der Fahrpreis eines gewöhnlichen Zuges hat in der Regel doppelt so lange Fahrzeit wie derjenige des Harmonika-Zuges; das gleiche Mißverhältnis prägt sich aus in der Behandlung der Passagiere durch das Zugpersonal, das damit allerdings nur letzter Instanzion gemäß handelt. So oft die Polizei in den Bundesbahnen, Omnibus- und Droschkenverkehr regulierend eintritt, so sehr läßt sie ihre gewohnte Schneidigkeit vermissen, wenn einer Lieberführung der Waggons (s. V. auf der Stadtbahn während der Sonn- und Feiertage) vorbeugen wäre. (Beifall) Der Redner bespricht die mannigfachen Anlässe, bei denen eine billige, schnelle, menschenwürdige Beförderung zur absoluten Notwendigkeit wird und folgert, daß mit Rücksicht auf die vortrefflichen Erfolge, die Ungarn, Rußland u. mit seinen Tarifen erzielt, von einem Mißstoß bei Ausdehnung des Zonenariffes auf alle Strecken gar nicht geredet werden könne. Zweck der Versammlung sei, die Agitation für eine höchst notwendige Eisenbahn-Reform in die Massen zu tragen; es müsse den maßgebenden Faktoren gesagt werden, daß die arbeitende Klasse auch das Recht beansprucht, auf anständige und bequeme Art

zu billigen Preisen befördert zu werden, so wie das den Anläßen der ersten Klasse schon gewährleistet ist. (Lebhafte Beifall)

„Als das Karnickel, das angefangen“ stellte sich der bekannte Dr. Engel, der Verfasser des „Zonenariff“, der Versammlung vor. Das wertvolle Material, das der Redner zur Beurteilung der Nützlichkeit unserer Eisenbahnverwaltung beibrachte, wurde von der Versammlung allseitig zustimmend entgegengenommen. Er rechnete vor, daß in Preußen-Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung bis in die Mittelklasse hinauf systematisch von der ausgiebigen Benutzung der Eisenbahn ferngehalten wird und frittierte die Zurückhaltung der Eisenbahnverwaltungen von jeder Reform, die volkswirtschaftlich und finanziell günstig wirken könnte. Seiner Ansicht nach sollte der Berliner Zonenariff bis auf 25 Kilometer im Umkreise ausgedehnt werden. Am Schluß der Verhandlungen nahm die Versammlung mit Einstimmigkeit die nachfolgende Resolution an:

„Die für die Personenbeförderung auf den Eisenbahnen bestehenden Einrichtungen sind eine schwere Benachteiligung der ärmeren Bevölkerungsschichten gegenüber der wohlhabenderen Bevölkerung. Die für weitere Reisen ganz unerwünschten Fahrpreise schließen die Kinderwohlhabenden von der Benutzung dieses wichtigen Kulturmittels fast gänzlich aus. Sie machen den Eisenbahnen die Erfüllung der ihnen obliegenden sozialen Aufgaben unmöglich; sie verhindern eine gründliche Besserung der großstädtischen Wohnungsverhältnisse; sie entziehen die Eisenbahnen einer ausgiebigen Benutzung der Arbeiter zur Aufsuchung von Arbeitsgelegenheit; sie erschweren den Arbeitern die Wiederherstellung ihrer Gesundheit und die Vervollständigung ihres Erholungsbedürfnisses an den Sonntagen; sie stehen einer freien Entwicklung und einem kräftigen Aufschwung des gewerblichen Lebens hindernd im Wege. Die Arbeiter empfinden die jetzigen Eisenbahnverhältnisse als eine schwere Ungerechtigkeit. Es ist deshalb eine dringende Forderung aller Klassen der ärmeren Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien, daß die Eisenbahnen ihnen zu einem erschwinglichen Preise zur Verfügung gestellt werden. Sie halten sich zu dieser Forderung um so mehr für berechtigt, als vernünftige Tarifermäßigungen nach allen bisherigen Erfahrungen nicht ohne Nebenwirkungen, sondern vielmehr sehr günstige finanzielle Erfolge herbeigeführt haben. Die heutige, zahlreiche Versammlung in Louis Kellers Festsaal richtet deshalb an alle Parteien die Aufforderung, mit mehr Nachdruck als bisher die Eisenbahnverwaltungen zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten anzuhalten. Sie erwartet von allen Volksvertretern, daß sie in den Parlamenten für die Befreiung der jetzigen schreienden Uebelstände im Eisenbahnwesen energisch eintreten werden.“

Korrespondenzen.

Berlin. Am 23. April d. J. fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Mitgliedschaft des Gewerksamer Bundes statt, zu welcher der Vorstand 3 Anträge für die bevorstehende Generalversammlung vorbrachte und als die Tagesordnung gesetzt hatte. 1. Antra: „Die Altersgrenze für die Ausnahme von 50 auf 40 Jahre herunterzusetzen.“ Durch ein Referat wurde dieser Antrag folgendermaßen begründet: Es war längst bemerkt worden, daß die Altersklasse 40—50 die Krankenunterstützung in einem bedeutenden Maße in Anspruch nimmt und erlegt eine vom Kaiserer Schutz ausgebreitete Statistik folgende Tabelle. Die Mitglieder sind in 3 Klassen geteilt und erreicht sich die Statistik vom 1. Jan. 1893 bis 31. Dez. 1894 = 2 Jahre.

Klasse I.	Klasse II.	Klasse III.	Gesamt	
			333	112
112	33,63	3598	7196	32,125
64,26	12121,20	4925,20		
111	41	36,9	2318	4636
56,536	113	—	4040,40	—
565,60				

Mitglieder über 40 Jahre: (Vor dem 40. Jahre beigetreten.)
71 27 38. — 2849 6289 97,77 106,53 258,49 — 12695,60
(Als Eintrittstag wurde bei den von der Krankenkasse abgerechneten die Zeit des Eintritts in die Krankenkasse angenommen.)

Auffällig an diesem Resultat ist, daß die 3. Klasse die Klasse in bedeutend größerem Maße belastet, als die 2. Klasse, obgleich beide dieselben Altersklassen sind. — Zu erklären ist die Sache nur so (und darum wurden diese beiden Klassen nicht zusammengezogen, sondern getrennt dargestellt), daß die ersteren, in jüngeren Jahren beigetretenen Mitglieder in rein kollegialen Interesse kamen, weil eben der Bund existiert und sie der Meinung waren, daß sie als Kollegen eo ipso dazu gehören; die 3. Klasse sind aber diejenigen, welche in früheren Jahrzehnten gar nicht daran dachten beizutreten in der Meinung, sie brauchten es nicht, im späteren Alter aber durch allerlei kleine Mängel daran erinnert werden, daß es doch gut sei, wenn sie Mitglied würden. Würden alle jung beizutreten, so würde die 2. Klasse vielleicht ein ungünstigeres Resultat ergeben, aber sie hätten dann auch alle Jahrzehnte lang Beiträge gezahlt und Zweck des Antrages ist eben der: entweder diese Beiträge in die Klasse zu bekommen oder die Beitragsgabe, wie sie sich allein in Berlin also bei dem noch nicht 8. Teil der Mitglieder mit 2695,60 Mt. in 2 Jahren repräsentiert, zu sparen. Es ist das gerade diejenige Summe, welche die nach dem jetzigen Stande der Klasse wahrcheinlich nötige Beitragsverhöhung nicht nur überflüssig gemacht, sondern auch einen erheblichen Teil dem Vereinsfonds zugeführt hätte. — 2. Antra: „Nach einjähriger Krankenunterstützung (§ 30) hören, bis zur durch ärztliches Attest beglaubigten Wiedergenehung, alle Rechte und Pflichten derjenigen auf, welche noch nicht berechtigt zur Invalidenunterstützung sind, mit Ausnahme des Anrechts auf

Sterbegeld und Invaliden-, resp. Witwenunterstützung; für letztere Leistungen sind jedoch der Beitrag für die Invalidenkasse 10 Pf. und für das Sterbegeld 5 Pf. pro Woche fortzuführen. Dem Mitgliede steht die Wahl frei, ob es beide oder nur einen von beiden Beiträgen zahlen und damit auf die eine oder die andere Leistung verzichten will.“ — Motive: Die Leistungen, welche meist noch auf halbe Unterstützung für weitere 13 Wochen hinauslaufen, sind für die Kasse zu hoch geklappt. Nach völligem Auslösen der Unterstützungen ist aber der Betrag von 35 Pf. — im Grunde genommen nur noch nominelle Rechte — zu hoch; die meisten werden ihn in ihrer dürftigen Lage gar nicht zahlen können und wo die Zahlung ermöglicht wird, führt sie nur dahin, daß dem Mitgliede hin und wieder eine Extrainterstüzung nach § 35 bewilligt werden muß. — Die Erhaltung des Anrechts auf Invalidenunterstützung und Sterbegeld ist aber für diese Mitglieder äußerst wichtig. — 3. Antra: „Um eine mäßige Arbeitslosenunterstützung anzubahnen, etwa unter Fallenslassen des § 35 (außerordentliche Unterstüzung) aber Vebalhaltung der vierjährigien Karenzzeit und ev. Erhöhung des Betrages um 5 Pf., möge der Vorstand von allen Mitgliedern eine Statistik aufnehmen, welche sich über einen bestimmten Zeitraum von einem Jahre erstreckt, etwa 1. April 1894 bis 31. März 1895, und in welcher jedes Mitglied angegeben hat, ob und wie lange es in diesem Zeitraum arbeitslos war.“ — Motive: Die Unterstüzung, welche sich, wie in § 35, lediglich auf die Darstellung der Notlage seitens der Betroffenen und der darauf gestützten Nachrechen basiert, führt leicht zu Täuschungen und Ungerechtigkeiten. Da nun die Unterstüzung nach § 35 schon jetzt mehr oder weniger eine Arbeitslosenunterstüzung ist, so wäre die Verallgemeinerung nach festen Grundregeln besser und gerechter. Auch fielen das zeitweilige Ausschließen fort und Ausschluß wegen Beitragsrests läme nicht vor, da der Betrag von allen Unterstüungen in Abzug kommt, womit den Arbeitslosen unter allen Umständen ihre vollen Rechte erhalten bleiben. Alle 3 Anträge wurden einstimmig angenommen.

J. M. Paul Ansböhring.

Berlin. Am Sonnabend, den 11. Mai hielt die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Formsticker, Drucker u., eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Dr. Joel, über: Wenn Menschen schweigen, werden Steine reden; 2. Berichterstattung des Delegierten der Gewerkschaftskommission; 3. Verschiedenes. Der mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Vortrag ist bereits im Verein d. V., St. u. V. D. von Herrn Dr. Joel gehalten und damals ausführlich in der „Gr. Nr.“ besprochen worden, so daß wir nicht noch einmal näher darauf eingehen wollen. — Nachdem der Delegierte der Gewerkschaftskommission seinen Bericht gegeben und einige örtliche Vereinsangelegenheiten erledigt waren, fand die Versammlung ihren Schluß. K. W.

Frankfurt a. M. Unter Bezugnahme auf die in Nr. 15 der „Gr. Nr.“ enthaltene Notiz über die Musteranstalt der Firma Emil Grünbaum in Frankfurt a. M., gestatte ich mir zur Bestätigung und zur weiteren Schilderung dieser Musteranstalt auch einige Zeilen beizutragen. Ich bin im vorigen Jahre auf Geradenwege von Leipzig nach Frankfurt gereist um hier Stellung zu finden. Durch eine Annonce in einem hiesigen Tageblatt, in welchem die Firma einen Drucker suchte, fühlte ich mich veranlaßt, mich dort vorzustellen und wurde angenommen und zwar mit 16 Mt. Lohn pro Woche. Da ich aber schon seit längerer Zeit ohne Kondition war, blieb mir, um nur überhaupt einen Verdienst zu haben, nichts anderes übrig als diese Stelle anzunehmen. Herr G. mochte wohl erleben haben, daß ich nur zwangsweise diese Stelle angenommen hatte, legte aber meinem Vorne nach in der ersten Woche 2 Mt. zu, um mich zu fördern, indem er bemerkte, er hoffe, daß ich durch sein Entgegenkommen alle meine Kenntnisse und allen meine Fleiß daran setzen werde, um das Vertrauen, welches er in mich setzte zu rechtfertigen und gab mir noch das Versprechen, daß er mir bei Gelegenheit meine Stellung bedeutend verbessern werde. Solche Versprechen von Seiten des Chef, geben dem Arbeiter beunruhigen den besten Ansporn zu Fleiß und Pflichttreue, zumal wenn der Arbeiter die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer solchen Anstalt nicht kennt. Meine Kollegen gaben mir zwar öfters zu verstehen, daß den Versprechungen des Chefs nicht allzuviel Vertrauen entgegengebracht zu werden verdient, allein ich legte diesen Warnungen keine Bedeutung bei, zumal als Herr G. äußerte, er habe lauter Bauern, die wie die Tiere behandelt werden müssen und denen es ganz an Bildung und Verstand fehlt. Diese Meinung fand bei mir insofern Glauben, als sich der damalige Faktor, sowie Drucker und Maschinenmeister alle erdenklichen Beleidigungen und Beschimpfungen wie: Schwindler, Lump, Gauner, Schuft, Schurke u. c., ruhig gefallen ließen. Nachdem aber diese Leute teilweise entlassen, teilweise selbst gegangen waren und bei dem neuen Personal die Szenen sich immer und immer wiederholten, kam ich zur Einsicht, daß Herr G. derjenige ist, welcher mit den Leuten nicht auszukommen versteht. Ich glaube kaum, daß irgend eine zweite Anstalt existiert, wo der Arbeiter so gemein und entniedrigend behandelt wird, wie gerade hier. Seit einem Vierteljahr vergeht beinahe keine Woche, wo nicht ein oder zwei Arbeiter entlassen und dafür neue angenommen werden. Die neuen Arbeiter werden auf 14 Tage zur Probe angenommen und wenn es einer volle 14 Tage aushält, dann wird die Frist ohne Kündigung, noch auf weitere 14 Tage verlängert, damit Herrn G. Gelegenheit gegeben ist, willkürlich die Arbeiter sofort zu entlassen.“ Wenn man bedenkt, daß in dieser Anstalt das notwendigste an Material fehlt, so ist es leicht

*) Diese Praxis steht im Widerspruch mit dem Paragraphen 122, sowie 123, Absatz 8, der Gewerbeordnung. Die Redaktion.

erklärlich, daß die besten Arbeitskräfte nicht im Stande sind ordentliche Arbeit zu liefern. Terpentin, Spiritus, Petroleum u. wird 20-Pennigmasse vom Droguisten geholt und jedesmal giebt es, sobald von diesem Material etwas erstet werden soll, Skandal. Da wird das Personal als Geiseln, Bande und Beschwender hingestellt, welches das Petroleum nach Hause trägt, den Spiritus ausläßt und womöglich mit dem Terpentin die Wägen und Fässer verfilgt. So verhält es sich mit allem was an Material verlangt wird. Die einzige Schmelzweise ist derart verfahrenlos und die Lager derart ausgeleert, daß absolut keine gute Arbeit geleistet werden kann. Es haben schon sehr tüchtige und erfahrene Maschinenmeister auf dieser Maschine gar kein günstiges Resultat erzielt. Herr O. aber nennt den besten Maschinenmeister einen Fuchser, der nichts gelernt hat und der von der Behandlung einer Maschine gar nichts versteht. Auf ähnliche Weise ergeht es auch dem besten Leberdrucker, da die Originalsteine und Gravuren in einem derart verwohlosten Zustande sind, daß kein guter Abdruck gemacht werden kann. Ich habe in dieser lauberen Anstalt nahezu ein Jahr zugebracht und kenne daher die Zustände zu genau, um zu übertrieben, ich habe sogar monatelang meiner Erlebnisse verschwiegen. Mir bleibt daher nur übrig meine Kollegen dringend vor einer Engagementannahme in dieses Geschäft zu warnen.

F. H.
Zeche. Am Sonnabend, den 4. Mai d. J., hielt die hiesige Zehnhalle des Verbandes der Formschneider, Drucker, Hilfsarbeiter u. im Lokale des Herrn Runge ihre Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Berichterstattung des Protokolls; 2. Bericht vom Gewerkschaftsamt; 3. Bericht von der Generalversammlung; 4. Neuwahl und Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung erstattete Kollege J. Christensen ausführlichen Bericht vom Gewerkschaftsamt. Hervorzuheben sind besonders die Maßnahmen zur Milderung und der Bericht der Kommission, die vom Gewerkschaftsamt gewählt worden war, um die Mädchen und Frauen von Zeche zur gewerkschaftlichen Bewegung heranzuziehen. Kollege Christensen, welcher erster Vorsitzender im Gewerkschaftsamt war, mußte sein Amt niederlegen, weil er durch eine „höhere“ Macht, nämlich diejenige der Fabrikanten, dazu gezwungen wurde. Hieran erhielt der Delegierte der Generalversammlung, Kollege J. Weber, das Wort. Derselbe entledigte sich in ca. 1 1/2 stündiger Rede zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden dieser Aufgabe. Die Rede umfaßte die hiesige Mißbilligung über die schlechte Geschäftsführung des früheren Centralvorstehers B. Brandt aus und lobte das Eingreifen des Ausschusses. Die Versammlung erklärte sich mit den auf der Generalversammlung angenommenen Resolutionsentwürfen einverstanden. Beim 4. Punkt der Tagesordnung erklärte der bisherige Schriftführer, daß er sein Amt niederlegen müsse, weil er anderweitig Stellung angenommen habe. Als Schriftführer wurde einstimmig Kollege J. Weber gewählt. Hieran nahm der Bevollmächtigte, J. Christensen, Gelegenheit, die zugewiesenen Kollegen zu begrüßen und widmete gleichfalls dem abtretenden Schriftführer dankende Worte für seine Thätigkeit in hiesiger Zehnhalle. Zum Schluß wurden die beiden Handdrucker E. Witt und S. Buchmann auf Grund des § 9 des Statuts, aus dem Verbande ausgeschlossen und beschloffen, deren Namen in der „Graph. Presse“ bekannt zu machen.

Leipzig. Da in dem in voriger Nummer enthaltenden Bericht von hier, der Resolution der Leipziger Kollegen nur andeutungsweise Erwähnung gethan war, wir es aber bei der Bedeutung der Frage über d. „Gr. Pr.“ für die hiesigen und besonders die Leipziger Kollegen, für notwendig erachten, dieselbe noch vor der Generalversammlung der Gesamtcollegenschaft zu unterbreiten, so lassen wir sie hier im Wortlaut folgen:

„Die Einzelmitglieder Leipzigs, des Vereins der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufsangehörigen Deutschlands, empfehlen den Delegierten der 2. Generalversammlung des Vereins dem Antrage des Vorstandes und Ausschusses: „Die „Graph. Presse“ an den Sitz des Vorstandes zu verlegen“, ihre Zustimmung ganz entschieden zu verweigern.

Gründe: Die „Graph. Presse“ soll ein Sprachrohr der Mitglieder sein und eventuell selbst gegen die Maßnahmen des Vorstandes und Ausschusses, jedem Mitgliede des Vereins, sowie der gesamten Collegenschaft überhaupt, zur Verfügung stehen. Dazu ist es aber unbedingt notwendig, die Redaktion des Blattes von den leitenden Körpern des Vereins möglichst unbeeinträchtigt zu halten. Im weiteren muß das Blatt unabhängig vom Verein bestehen, um von etwaigen Maßnahmen gegen diesen, nicht mit betroffen zu werden. Die Leipziger Kollegen erklären ferner ihre volle Zustimmtheit mit der Leitung des Blattes und erwarten, daß dieselbe in den Händen des Kollegen Müller verbleibe, zumal derselbe unter den schwierigsten Umständen mit unserer wesentlichen Unterstützung das Blatt gründete und es in den ersten Jahren ohne parlamentarischen Vorzeil, lediglich im Interesse der Collegenschaft redigiert hat.“

Ferner sind in dem erwähnten Bericht die Gründe für die von uns gestellten Anträge nicht mit angeführt und lassen deshalb auch diese Anträge hier folgen:

1. „Die Einzelmitglieder des Vereins der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands in Leipzigs beantragen den Sitz des Vorstandes nach Stuttgart und den Sitz des Ausschusses nach Berlin zu verlegen.“

Gründe: Das bereits seit längerer Zeit angehängte neue preussische Vereinsgesetz wird, nachdem was bis jetzt an die Deffentlichkeit gedrungen ist, seine Spitze in erster Linie gegen die Arbeiterorganisationen, besonders gegen die zentralisierten Gewerkschaften richten,

Der einfache Selbsterhaltungstrieb geblendet uns daher, in der Zeit für diese zu treffen. Den Verein einer solchen Maßregel zu entziehen. Würtemberg besitzt das liberale Vereinsgesetz, und es ist deshalb naheliegend, den Sitz dorthin zu verlegen, während Berlin mit der größten Mitgliederzahl als Sitz für den Ausschluß in Vorschlag gebracht wird.

2. Den Vorsitzenden des Vereins mit der gleichzeitigen Führung der Kassengeschäfte zu beauftragen und den Gehalt desselben dementsprechend zu erhöhen.
Gründe: Bei der gegenwärtigen Mitgliederzahl lassen sich beide Aemter von einer Person verwalten.“

München. Am 11. Mai hielt die hiesige Zehnhalle des B. d. L., St. u. B. ihre Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung; 2. Wahl eines Delegierten; 3. Anträge zur Generalversammlung; 4. Verschiedenes. Die schwachbesetzte Versammlung wurde um 1/10 Uhr durch den 1. Bevollmächtigten eröffnet. Gegen die Fassung des Protokolls wurde nichts eingewendet. Als Delegierter für die Generalversammlung wurde Kollege Wunderl gewählt. Zu den Anträgen zur Generalversammlung nahm die Versammlung Stellung und stimmte dem Antrage des Vorstandes und Ausschusses, die Formschneider in unseren Verband aufzunehmen, zu. Dagegen wurde der Antrag, die Verlegung der „Graph. Presse“ an den Sitz des Vorstandes betreffend, einstimmig abgelehnt. Betreffs der Reiseunterstützung sind die hiesigen Kollegen mit dem Antrag Münchens vollständig einverstanden und wird unser Delegierter auch dafür eintreten. Nicht zugestimmt wurde dem Antrage Hannovers, eine Verschmelzung mit dem Eisenfelder Bund herbeizuführen, jedoch den Delegierten der Austrag gegeben, dazu Stellung zu nehmen, daß die beiden Vereine gegenseitig einander nähertraten. Für Abschaffung des Marken-systems können die hiesigen Kollegen sich nicht entscheiden, dagegen wurde dem Antrag zugestimmt, die Generalversammlung ganz zu befehlen und dafür die Urwahl und Urabstimmung einzuführen. Ein weiterer Antrag, die Diktien herabzusetzen, wurde abgelehnt. Da kein weiterer Antrag gestellt wurde und sonst nichts mehr von Bedeutung vorlag, so wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Der ungenannte Schreiber der Expiration an die Nürnberg Kollegen, welche wir in Nr. 17 der „Gr. Pr.“ zum Studium unserer Leier zum Abdruck brachten, sieht sich veranlaßt, nochmals zu Tinte und Feder zu greifen und seine Belegenheit mit einer Verdächtigung unseres Korrespondenten zu vergeteln. Der unbekannte Verfasser sucht gleichzeitig sein schlechtes Deutsch durch einen am Schluß seines Schreibens angebrachten, in der Elementarklasse geübten Brocken Französisch herauszuheulen. „Was wollt Ihr noch mehr?“ — Geben wir also dem Einbender das Wort: „Nürnberg, den 1. Mai 1895. Herrn K. Müller, Wohlgeboren. Bitte folgendes Schreiben in die nächste Nummer Ihres Blattes anzunehmen. Was! (Bezahltes Anrecht.) Zum Artikel in Nr. 17 d. Bl., betreffs des Schreibens, welches die Nürnberg Lichtdrucker an den Zweigverein der Steindrucker dorthelbst richteten, machen wir hiermit bekannt, daß dieses Schreiben entweder nicht richtig abgefaßt wurde, oder es liegt einer Fälschung des Originalen vor, denn es zeigte sich in dem Abdruck dieser Zeitung klar und deutlich, daß die Versammlung einzelner Wörter mit Absicht gekehrt ist, um den Lichtdrucker einen Dieb zu verlegen. Der ganze Zorn aber, welcher bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegt wurde, machte uns am so mehr plaßier, weil wir sehen, daß die Betreffenden doch richtig getroffen wurden. Weder ein Geistesprodukt; qu' desirez vous plus encore? Die Lichtdrucker der Firma A. Obhof.“ — Unser Korrespondent bemerkt dazu:

„Das vorstehende Geistesprodukt der Lichtdrucker der Firma Obhof haben wir mit einer Empfindung höchsten Erstaunens entgegengenommen und zwar über die Unertrotzenheit, mit welcher die Herren Einbender uns der Fälschung ihres „originellen Geistesproduktes Nr. 1“ beschuldigen. Getroffen wurde die Versammlung allerdings, aber in einer jedenfalls unbeabsichtigten Weise; der Eindruck, den das Schriftstück machte, äußerte sich in einer allgemeinen Heiterkeit. Verächtigungen wollen wir noch, daß, entgegen dem Schreiben Nr. 1, in besagter Versammlung beschlossen wurde, eine Sammlung für die Lichtdrucker in Wien zu veranstalten. Die in Umlauf befindlichen Listen haben einen namhaften Betrag ergeben. — Hiermit ist in dieser Sache unser letztes Wort gesprochen. Wir haben unsere kostbare freie Zeit mit wichtigeren Angelegenheiten auszufüllen als uns mit Menschen auseinanderzusetzen, die vermutlich mit den bei der Firma Obhof beschäftigten Kollegen nur in einem entfernten Zusammenhang stehen. J. A. D. Ries, Schriftführer der Zehnhalle Nürnberg des B. d. L., St. u. B. D. — Hiermit erklären wir diese Diskussion für geschlossen. Die Redaktion.“

Stuttgart. Bezüglich der Aeußerung der Lichtdrucker der Firma Obhof in Nürnberg in Nr. 17 der „Gr. Pr.“, gestatte ich mir auch einige Bemerkungen. Zugegeben sei zunächst, daß viel Steindrucker sich dem Lichtdruck widmen, aber daß dieselben den Lohn herabdrücken, ist wohl nur aus der Luft gegriffen. Jeder organisierte Steindrucker, der zum Lichtdruck übergegangen ist, sieht stets auf kurze Arbeitszeit und einen normalen Lohn. Leberhaupt sind alle die Lichtdrucker, welche als Steindrucker ihre Lehrzeit beendet und vielleicht etliche Jahre in dieser Branche thätig waren, für den gelerntem Lichtdrucker nicht nur keine Lohnbrüder, sondern infolge ihrer Thätigkeit sind sie es gerade, die den Lohn hoch halten und nicht, wie die Herren (oder vielleicht auch nur der Schreiber jener Zeilen) Lichtdrucker bei Obhof meinen. Aber was sagen die oder der Schreiber dazu, wenn z. B. jeder Arbeiter, ob er vorher

Schuster, oder Laufbursche, oder sonst was für ein Geschäft betrieben hatte, sich als Lichtdrucker einige Zeit ausbildete, um dann wirklich nur für ein Butterbrot zu arbeiten? Hier bei Ernst u. Binger in Haarlem besitzt das ganze Lichtdruck-Personal aus solchen Leuten. Ja man hat sogar aus solchen Leuten auf diese Art einen Präparateur-Photographen „ausgebildet“, welcher die Stellung über ein Jahr bekleidete mit dem „hohem Salare“ von 9 Gulden pro Woche, wo früher der Lohn 30 bis 35 Gulden war. Auch die sogenannten Maschinenmeister beziehen einen Lohn von 7 bis 12 Gulden pro Woche, während früher 22 bis 24 Gulden bezahlt wurden. Die Handpressen drucker erhalten gar nur 3 bis 4 Gulden. Die Handpressen drucker wurden, natürlich nur für tüchtige Kräfte, bezahlt wurden. Ich wurde im September vorigen Jahres als Handpressen drucker von der genannten Firma engagiert, wogegen ich aber, eine 11stündige Arbeitszeit einzuhalten, mußte mir vor drei Wochen ein entsprechender Abzug vom Lohn gemacht wurde mit dem Bemerkten, wenn es wieder vorläme, würde man mit dem doppelten Betrag abziehen. Selbstredend kündigte ich sofort meine Stellung. Nicht allein, daß die Löhne hier in Haarlem sehr niedrig sind und alle Feiertage abgezogen werden, auch die Wohnungsmieten sind sehr hoch und der Lebensunterhalt noch viel teurer. Ein jeder würde fluchen, wenn ich ansehnen wollte, mit was für Hungerlöhnen verheiratete Leute ihr Leben durchfristen. Allerdings fehlt hier auch jede Organisation. Aber gerade als organisierter Lichtdrucker fühle ich mich gezwungen, dieses Bild den Herren Lichtdruckern der Firma Obhof vorzubringen. Nicht die Steindrucker sind es, welche die Löhne drücken, sondern solche Leute, die für ein paar Cent's angelernt werden, und dann um einen ganz geringen Lohn als „Pseudobrot“ für ein Butterbrot arbeiten.“ — Diese Zeilen sollen zugleich eine Warnung sein, damit sich jeder Lichtdrucker, der nach Haarlem engagiert wird, vorher die Arbeitszeit und den Lohn ausbündet, auf keinen Fall unter 20—22 Gulden.

Stuttgart. Am Samstag, den 20. April fand die jährliche Generalversammlung der Mitglieder der Zehnhalle Stuttgart, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Protokollverlesen; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Jahres-Kassenbericht; 4. Neuwahl der Verwaltung; 5. Bericht und Wahl des Bibliothekars; 6. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll verlesen war, gab der Bevollmächtigte einen kurzen Bericht über das abgelaufene Jahr. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Thätigkeit der Verwaltung sich auf 10 Auswahlsitzungen, 18 regelmäßige Versammlungen und 3 öffentliche Versammlungen erstreckte. Belehrende Vorträge wurden 2 gehalten, einer von Herrn Ludwig, Naturgeschichte, über: Naturgemäße Heil- und Lebensweise, der andere von Herrn Stern, Schriftsteller, über: Heine's Wintermärchen. Den Mitgliedern war ferner reichlich Gelegenheit geboten, ihr Wissen in den von den vereinigten Gewerkschaften arrangierten Vorträgen zu erweitern. Die zwei ersten öffentlichen Versammlungen nahmen Stellung zum Streik bei Babel u. Naumann in Leipzig — bis jetzt wurden über 600 Mk. nach dort geliefert — und zur Feier des 1. Mai. In der dritten Versammlung referierte Kollege D. Müller aus Berlin über: Die Verteilung des Arbeitsertrages. — Gesellige Unterhaltungen wurden zwei gehalten, das Stiftungsfest mit Senefelderfeier und eine Unterhaltung, arrangiert vom Senefelderverein zu Gunsten der Arbeitslosen. Alles in allem erklärt der Bevollmächtigte, daß unsere Zehnhalle im stetem Wachstum begriffen sei und die Erkenntnis unter den hiesigen Kollegen sich immer mehr

erklärt, daß die besten Arbeitskräfte nicht im Stande sind ordentliche Arbeit zu liefern. Terpentin, Spiritus, Petroleum u. wird 20-Pennigmasse vom Droguisten geholt und jedesmal giebt es, sobald von diesem Material etwas erstet werden soll, Skandal. Da wird das Personal als Geiseln, Bande und Beschwender hingestellt, welches das Petroleum nach Hause trägt, den Spiritus ausläßt und womöglich mit dem Terpentin die Wägen und Fässer verfilgt. So verhält es sich mit allem was an Material verlangt wird. Die einzige Schmelzweise ist derart verfahrenlos und die Lager derart ausgeleert, daß absolut keine gute Arbeit geleistet werden kann. Es haben schon sehr tüchtige und erfahrene Maschinenmeister auf dieser Maschine gar kein günstiges Resultat erzielt. Herr O. aber nennt den besten Maschinenmeister einen Fuchser, der nichts gelernt hat und der von der Behandlung einer Maschine gar nichts versteht. Auf ähnliche Weise ergeht es auch dem besten Leberdrucker, da die Originalsteine und Gravuren in einem derart verwohlosten Zustande sind, daß kein guter Abdruck gemacht werden kann. Ich habe in dieser lauberen Anstalt nahezu ein Jahr zugebracht und kenne daher die Zustände zu genau, um zu übertrieben, ich habe sogar monatelang meiner Erlebnisse verschwiegen. Mir bleibt daher nur übrig meine Kollegen dringend vor einer Engagementannahme in dieses Geschäft zu warnen.

Offenbach a. M. Die Mitglieder des Vereins der L., St. u. v. w. B. hielten am Dienstag, den 30. April, ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftliches; 2. Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal; 3. Neuwahl der Gesamterwaltung; 4. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung; Anträge zur Generalversammlung; Verschiedenes. Kollege Kühn gab nach Erledigung des ersten Punktes, den Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal. Der Reditor, Kollege Düring, erklärte, daß er Bücher, Dege und Kasse in bester Ordnung vorgefunden hat. Auf Antrag desselben wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Aus dem Jahresbericht, welchen Kollege Kühn gab, ging hervor, daß die Zehnhalle mit 28 Mitgliedern in das Geschäftsjahr 1894—95 eingetreten ist. Im Laufe dieses Zeitraums wurde verloren 1 Mitglied durch den Tod (Kollege Bertram), 9 Mitglieder sind abgetreten, 3 ausgetreten, 3 ausgeschlossen und 2 zum Militär eingezogen. Neu eingetreten sind 7, zugereit 11. Es beläuft sich daher am Schluß des Geschäftsjahres der Mitgliederbestand auf 28. Daraus gab der Bevollmächtigte bekannt, daß im vergangenen Jahre 8 Versammlungen stattgefunden haben, und zwar 4 Quartals-, 3 Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung. 5 Mitgliederberatern konnten wegen zu schlechten Wetters nicht abgehalten werden. Auch der geselligen Unterhaltung wurde Rechnung getragen; zu diesem Zweck fand ein Ausflug, eine Weihnachtfeier und im Verein mit dem Senefelder Bunde, am 10. Februar eine Abendunterhaltung statt. — Die nun folgende Neuwahl hatte nachstehendes Resultat: Bevollmächtigter Kollege Lange, Bibliothekar, Kassierer Kollege Kühn, Lithograph; Schriftführer Kollege Obermüller, Lithograph; Reiseunterstützungsausgeber und Bibliothekar Kollege Düring; als Redatoren die Kollegen Düring und Werner. Zugleich wurden auch 2 Delegierte für das Gewerkschaftsamt gewählt, die Kollegen Kramer, Lithograph, und Rebell, Steindrucker. Als Delegierter für die Generalversammlung wurde Kollege Lange mit 26 Stimmen gewählt. Der Bevollmächtigte eröffnete nach stattgefundener Wahl eine Debatte über die gestellten Anträge zur Generalversammlung. In einer längeren Diskussion wurden dieselben mit einigen Abänderungen als gut befunden und angenommen. Zum Schluß drückte Kollege Lange noch den Wunsch aus, daß die Mitglieder sich mehr an den Dienstag stattfindenden Zusammenkünften beteiligen möchten.

Stuttgart. Am Samstag, den 20. April fand die jährliche Generalversammlung der Mitglieder der Zehnhalle Stuttgart, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Protokollverlesen; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Jahres-Kassenbericht; 4. Neuwahl der Verwaltung; 5. Bericht und Wahl des Bibliothekars; 6. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll verlesen war, gab der Bevollmächtigte einen kurzen Bericht über das abgelaufene Jahr. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Thätigkeit der Verwaltung sich auf 10 Auswahlsitzungen, 18 regelmäßige Versammlungen und 3 öffentliche Versammlungen erstreckte. Belehrende Vorträge wurden 2 gehalten, einer von Herrn Ludwig, Naturgeschichte, über: Naturgemäße Heil- und Lebensweise, der andere von Herrn Stern, Schriftsteller, über: Heine's Wintermärchen. Den Mitgliedern war ferner reichlich Gelegenheit geboten, ihr Wissen in den von den vereinigten Gewerkschaften arrangierten Vorträgen zu erweitern. Die zwei ersten öffentlichen Versammlungen nahmen Stellung zum Streik bei Babel u. Naumann in Leipzig — bis jetzt wurden über 600 Mk. nach dort geliefert — und zur Feier des 1. Mai. In der dritten Versammlung referierte Kollege D. Müller aus Berlin über: Die Verteilung des Arbeitsertrages. — Gesellige Unterhaltungen wurden zwei gehalten, das Stiftungsfest mit Senefelderfeier und eine Unterhaltung, arrangiert vom Senefelderverein zu Gunsten der Arbeitslosen. Alles in allem erklärt der Bevollmächtigte, daß unsere Zehnhalle im stetem Wachstum begriffen sei und die Erkenntnis unter den hiesigen Kollegen sich immer mehr

*) Eine Bezahlung ist bis jetzt noch nicht erfolgt, wir verzichten auch darauf. Die Expedition.

und mehr Bahn breche, daß nur durch eine geschlossene Organisation die Einführung besserer Verhältnisse möglich sei. Zugleich spricht der Redner den Verwaltungsmitgliedern seinen Dank für ihre thätigste Unterstützung aus. Nachdem Kollege Stähler den jährlichen Rechenbericht gegeben, wird demselben in Anerkennung seiner guten Buch- und Kassensführung einstimmig Deklarate erteilt. Beim vierten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Schiebauer zum ersten und Wustler zum zweiten Bevollmächtigten, Stähler zum Kassierer, Lehke zum Schriftführer und Stump als Revisor gewählt. Der Bevollmächtigte dankt für das ihm erwiesene Vertrauen und fordert die Anwesenden auf, auch im neuen Jahr ihr ganzes Können einzusetzen, damit Ersprißliches geschaffen werden könne. Als Revisoren wurden gewählt, die Kollegen Gg. Hartmann und Mech. Kollege Schaub gab sodann bekannt, daß die Benutzung unserer Bibliothek eine rege ist und wies zugleich auf die Bibliothek der vereinigten Gewerkschaften hin, die über 1300 Bände umfaßt. Schaub und Elser wurden als Bibliothekar gewählt. — Unter „Beschiedenes“ forderte der Bevollmächtigte die Mitglieder auf, von den ausgegebenen Markmarken möglichst viel zu kaufen und die Arbeit, wenn es möglich ist, am 1. Mai ruhen zu lassen.

Wandbeset. Generalversammlungsbereich. Nach dem Verlesen des Protokolls erlittete der Bevollmächtigte Bericht über das verwichene Jahr. Aus demselben ist hervorzuheben, daß unsere kleine Zahlstelle sich eifrig bei den Streikaktionen für Leipzig beteiligt hat; es sind bis heute ca. 750 Mark abgeblendet worden. Ferner hat sich die Bibliothek durch Geschenke bedeutend vergrößert und ist zu konsolidieren, daß die Bücher fleißig studiert werden. Der Besuch der Versammlungen war nicht immer ein reger zu nennen, desgleichen sind die Mitglieder lahm in der Zahlung der Beiträge, so daß drei Kollegen ausgeschlossen werden mußten. Die hierauf erfolgte Abrechnung des Kassierers ergab, daß die Kasse stimmte und die Bücher in bester Ordnung waren. Bei der Neuwahl der Verwaltung gingen Kollege Schulze als erster, Wehrns als zweiter Bevollmächtigter, Lütke als Kassierer und Lange als Schriftführer hervor. — Zu Kartell-Delegierten wurden Jungbluth und Steffens gewählt. — Als Kandidat für die Generalversammlung wurde Kollege Schulze aufgestellt. — Unter „Beschiedenes“ wurden die von der Kommission ausgearbeiteten Statuten zur Einführung einer lokalen Arbeitslosenunterstützung beraten unter Zustimmung des hannoverschen Statuts. Es wurde beschlossen, eine namentliche Abstimmung in der Zahlstelle vorzunehmen und sich $\frac{1}{2}$ der Mitglieder dafür erklären, soll die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Kollege Schulz bringt in Erwähnung, daß noch immer keine Souperabrechnung vom Brandenburger Streik erfolgt ist. Die Berammlung kritisiert das Verhalten des Vorstandes und betont, daß durch eine derartige Kummelei das Vertrauen zu anderen kollegialen Unternehmungen sehr erschüttert wird. Man kommt unbedingt zum Widerspruch. Der Hauptvorstand wird ersucht, mit Energie die erforderlichen Schritte zu thun, damit Klarheit geschaffen wird. Die Berammlung beschließt hierüber eine Veröffentlichung in der „Gr. Pr.“ Es wird ferner beschlossen, die gesammelten Gelder statt nach Leipzig, auf 2 Wochen an die Wiener Lichtdrucker abzuführen. Zu einer am Himmelfahrtstage stattfindenden Serrentour, wird das Quartett Seneider eingeladen. G. S.

Wurzeln. Am Freitag, den 26. April hielten die Einzelmitglieder des Verbandes der Formstecher, Drucker und Berufsge nossen eine Besprechung ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten von der Generalversammlung; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Beschiedenes. Kollege Ugerland referierte in ausführlicher Weise zum ersten Punkt der Tagesordnung zur allseitigen Zufriedenheit der Kollegen. Drei neue Mitglieder traten dem Verbande bei und wurden mit Freuden begrüßt. Beschlossen wurde, alle 4 Wochen und zwar Dienstags, im Restaurant „Stadt Wien“ eine Besprechung der Einzelmitglieder abzuhalten, womit alle Kollegen einverstanden waren. — Nach Erlebigung einiger kleiner Angelegenheiten wurde die gut besuchte Besprechung geschlossen. P. St.

Verschiedenes.

Zur Warnung. Nach Valparaiso (Chile) wird gegenwärtig ein tüchtiger Umbruder durch den „R. Anz.“ gesucht. Ein dort in Stellung gewesener Kollege schreibt uns darüber, daß das gebotene Gehalt — 80 Pesos, ein Peso 80 Pf. — dem eines Wehrlings gleichkommt, weil dort alles unverhältnismäßig teuer ist. Nach fünfjähriger Thätigkeit soll der Betreffende allerdings 6600 Mt. Prämie erhalten, aber um diese Prämie zu retten wird eben kein Gehalt solange beschäftigt, sondern einfach vorher aus Pfälzer gemorren. Trotz dem schönsten Kontrakt erhält der so Geschädigte bei den dortigen famosen Gehesverhältnissen niemals Recht. Außerdem herrscht in Chile das gelbe Fieber, welches namentlich unter den Fremden alljährlich große Opfer fordert.

Der Maschinenmeister Grane bei Bege l. Raumann, einer von denen, die während dem Streit dort an zu arbeiten fingen, hat gegen den Redakteur d. Bl. Strafentgelt gestellt. Er sieht sich nach fast 3 Monaten bereidigt durch die in Nr. 5 der „Gr. Pr.“ enthaltene Notiz, daß er den Züßer-arbeiter Gähler denunziert haben soll, dem Redakteur d. Bl. Mitteilungen über Vorgänge in der Fabrik von W. u. H. gemacht zu haben. Gähler wurde damals unter dieser Beschuldigung aus der Fabrik entlassen.

Die Maifeier ist in Deutschland wie in anderen Ländern wiederum großartig verlaufen. Einzelberichte würden den Raum unseres nur wöchentlich erscheinenden Blattes zu sehr in Anspruch nehmen, wir konsolidieren darum hier nur kurz, daß Fiktionen von Arbeitern das wachsende Sozialbewußtsein u. klarere politische Einsicht durch einschleppendes

würdiges und imponierendes Auftreten dokumentierten. Das internationale Band schließt sich fester und fester um die Arbeiter und erhöht die Aussicht auf den endlichen Sieg ihrer Forderungen.

Maifeiernummer! Die konfiszierter gewesene Maifeiernummer des Vorwärts ist vom Landgericht Berlin wieder freigegeben worden. Der Staat ist wieder einmal zwecklos „gerettet“ worden.

Die **Kunstausstellung** ist gefallen. Fast dreiviertel Jahre ist das deutsche Volk mit diesem Beschafala einer reaktionären Epoche beunruhigt worden und nur der letzten Mattation gegen dieses Monstrum von Geleis, ist dessen schließliche Ablehnung zu verdanken. Ob die Reichsregierung nun Ruhe geben, oder dem Reichstage vielleicht ein neues Ausnahmegeretz gegen die sozialdemokratische Partei vorgelegt wird, muß erst abgewartet werden. Die 12 Jahre des verflochtenen Sozialistengelezes haben die Partei groß und stark gemacht, einen anderen Erfolg kann auch ein neues Sozialistengelez nicht haben.

Vom Reichstage gleichfalls abgelehnt ist die **Tabaksteuer-vorlage**. Neben den Tausenden von Tabakarbeitern, die durch Annahme dieses Gelezes in ihrer Existenz bedroht waren, wäre auch ein erheblicher Bruchteil anderer Berufsangehörigen geschädigt worden, namentlich Lithographen und Steindrucker. Mit aufrichtiger Freude haben deshalb Arbeiter sowohl wie Unternehmer aus dieses Gelez in die Verlesung fallen sehen. Hoffen wir, daß es niemals, in welcher Form es auch immer sei, aus derselben emporsteige.

Der **Zusammentritt einer internationalen Wihbauer-konferenz** ist, wie das hierfür eingelezte deutsche Agitationskomitee in der Wihbauer-Zeitung erklärt, jetzt gesichert. Oesterreich-Ungarn, die Schweiz, Holland, Rumänien und Amerika werden bestimmt vertreten sein, von den übrigen Ländern steht der Entschluß noch aus, bis auf England, dessen Wihbauer die Teilnahme ablehnten, weil sie „unter der Unquint der Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren außerordentlich zu leiden hatten und durch ihr Abhängigkeitsverhältnis von der Alliance-Gabinet-Maker (einem Industrieverbande, der aus Tischlern, Wihbauern, Drechsler, Tapezieren und Maschinisten besteht) gehindert sind, einen Delegierten zu senden.“ Als Schlichter für die Einfindung der Berichte über die Lage der Wihbauer in den verschiedenen Ländern ist vom Agitationskomitee der 15. Mai angenommen. Die Adresse des Komitees ist: Gustav Dinkler, Berlin SO., Brangelstraße 135 I.

Zweierlei Geschmäker haben die Teilnehmer an einer Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen zwischen Bourgeois und Proletariaten herausgefunden. Sie selbst fährten sich an einem Diner aus folgenden Gängen: Vorkursleuppe, Rheinhalm mit Butter, Ochsenkenden, junge Erbsen und Bratkarstoffeln, Straßburger Gänseleber in Alpie, Brüsseler Matshühner, Kompott und Salat, Fritt Wilder, Käse — und gingen dann u. a. zur Beratung über die Frage über, wie der Arbeiter am zweckmäßigsten, d. h. am billigsten ernährt werden könne, wobei es nicht an Seitenhieben auf die „verlethenden Irreföhren der Sozialdemokratie“ auf die „gewandten Volksredner“, welche nur die „Gemüter zu erregen“ und „die niedrigen Leidenschaften der Menschen zu entfesseln“ bezwecken, fehlte. Prof. Dr. König aus Münster betonte, daß es — bei den Arbeitern — nicht auf die Schmackhaftigkeit der Speisen, sondern auf den Nährwert ankomme. Des Herrn Küchenmeisters Köchin verluchte es mal!

Litterarisches.

Soeben erschien: **Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein.** Von Adelheid Ropp. 32 Seiten Groß-Oktav. In Umschlag geheftet. Preis 20 Pfennig. Eine längst empfundene Lücke in unserer Parteilitteratur wird durch diese Schrift ausgefüllt. Es fehlt an einer kurzen, leicht-fasslichen Frauenagitationschrift, welche geeignet ist, auch die der Bewegung noch fernstehenden, indifferenten Arbeiterinnen aufzurütteln und sie über das Wesen des Klassenkampfes zu unterrichten; dies zu thun, ist der Zweck der vorliegenden Schrift. Bei der Wichtigkeit, welche die proletarischen Frauenbewegung für den Befreiungskampf des Proletariats hat, ist die weitestte Verbreitung dieser Broschüre wünschenswert.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Nr. 19 vom 9. Mai hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Mittelstands-politik. — Die Gesellschaft der Fabrier. — Hauptmanns Weber und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie. — Parteinachrichten. — Toentliste. — Litterarisches. — Vermischtes. — Aus dem Reichstag. — Die Maifeier. — Hundsjährer Parteitag. — Die Lage der Glanbau-Mecklener Weber. — Arbeiterorganisationen. — Wie man uns behandelt.

Fragekasten.

Unter dieser Rubrik soll ein gegenseitiger **Meinungs-austausch über technische und fachwissen-schaftliche Fragen herbeigeföhrt werden. Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung den weitgehendsten Gebrauch, sowohl bezüglich der Fragestellung, als auch deren Beantwortung zu machen.**

Frage: Wie erhält man von einer Platte mit bedeckten Flächen und seinen Kreidzeichnungen einen schönen Abdruck mit Ultramarin? Wenn der Abdruck mit schwarzer Farbe gemacht wird, ist alles tadellos, nur bei dieser blauen Farbe ist von den Tönen fast keine Spur zu sehen.

Frage: Kann einer der Herren Kollegen Auskunft geben, wie am besten mehrtfarbige lithographische Drucke auf Porzellan zu übertragen sind und was für Farben und Firnisse dazu verwendet werden müssen?

Briefkasten der Redaktion.

A. Sch., Stuttgart. Sie können den Betrag in Marken, nach Abzug des Portos, einfinden.

G. Sch., Leipzig. Von Nr. 19 sind leider keine Exemplare mehr vorhanden. Fragen Sie einmal bei D. Grelmann, Kreuzstr. 37 nach.

G. W., Speyer. Der Name war so unbedeutlich geschrieben, daß kein Mensch das Nichtige herauszufinden haben würde.

J. G., Fernburg. Ihre Frage ist unverständlich. Soll die Kornplatte dazu dienen, fertige Drucke zu lören?

Zu beachten!

Bei dem Artikel: In der „Kunstbruderausstellung des Kunstgewerbemuseums“ in voriger Nummer, ist der Ortsname, nämlich Berlin, durch ein Versehen weggeblieben.

Anzeigen.

2 tüchtige Messingstecher

werden gesucht von

Söhnel & Forster, Isehoe.

Familien-Ausflug

Lith., Steindrucker, Berufsge nossen und Genossinnen

von Leipzig

am Himmelfahrtstag

über die Pappendorfer (nicht nach Friedrichsruh)

nach Taucha.

Sammelpunkt früh 7 Uhr in **Kannegießers Woll-haus**, Reichsstraße, Clarastraße.

Kollegen! Machen es sich ein jeder zur Pflicht, an dieser Partie teilzunehmen, ebenso sind die Streitenden beiderlei Geschlechtes ganz besonders dazu eingeladen.

Der Vertrauensmann.

Für Unterhaltung ist gesorgt!

Arbeitsnachweis

des schweizerischen Lithographenbundes

A. Hindermann, Str. 1, Zürich I. (Glockengasse 1, III)

Der Arbeitsnachweis

der Lithographen, Steindrucker und Berufsge nossen

Berlin

befindet sich **Neue Friedrichstr. 86, I.**, Telephonamt 7, Nr. 848. Geöffnet von 8-1 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.

Verein Lithographia, Nürnberg.

Bereinslokal: „**Goldne Krone**“, Frey-gasse. Jeden **Donnerstag** Vereinsabend.

Steindruck- Sandpressen

und

Papierschnide-Maschinen

liefern in kräftiger, sauberer Ausführung bei 1 1/2-jähriger Garantie

F. I. Rötterich, Gera (Neuß.)

Wäßige Preise, günstige Zahlungsbedingungen ausgedehnt.

Pa. Steindrucklederwalzen

rauh oder glatt

für Handr. Größe: 20, 28, 32, 35, 38 cm.

pro Stück Mt. 7,50, 10, 10,50, 11, 12.

per Dugend 75,-, 100, 105,-, 110, 120.

für Maschine pro Centimeter Mt. 0,10 bis Mt. 0,20,

sowie sämtliche gangbare **Heberdruckpapiere** und **Farben u. s. w.** offeriert

Th. Sebald, Leipzig.

Heberleder (blau) für **Maschinenmeister** in Buch- und Steindruckerei empfehle zu 4,50 Mt. und 6,25 Mt. in jeder Größe. Waßgange, Brustweite in Centimeter.

Arnulf Reimer, Augsburg, E 117.

Scherm's Reise-Handbuch

für wandernde Arbeiter.

Mit 3 Karten, gebunden Mark 1,50.

Durch **J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.**

Wichtige Werke für Steindrucker.

Der Steindrucker an der Handpresse. Von Lorenz Müller. Mit einer Chromolithographie in 14 Farben nebst Kontur- und Farbplatte. Mt. 4.

Der Steindrucker an der Schnellpresse. Von Oskar Meta. Ein nützliches Lehrbuch für jeden Steindrucker. Mt. 2.

Technische Aufsätze für Steindrucker. Von Oskar Meta. Mt. 4.

Freie Hände. Illustriertes Fachblatt für Lithographie und Steindruckerei. Mit der Beilage „Graphische Musterblätter.“ Ganzjährlich Mt. 10. — Probenummern gratis. Zu beziehen durch die Verlags-handlung von

Jos. Heim, Wien IV.

und durch alle Buchhandlungen

zurüch eine Beilage.